

Fragen

für die Fragestunde der 75. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 17. Dezember 2014

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Baerbock, Annalena (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	34, 35	Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	32, 33
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	54	Künast, Renate (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	25, 46
Behrens, Herbert (DIE LINKE.)	26, 27	Kurth, Markus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	4
Dr. Brantner, Franziska (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	43	Lazar, Monika (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	55, 56
Brugger, Agnieszka (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	9, 10	Leidig, Sabine (DIE LINKE.)	28, 29
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	41, 42	Lutze, Thomas (DIE LINKE.)	30, 31
Gehrcke, Wolfgang (DIE LINKE.)	44, 45	Ostendorff, Friedrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5, 6
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	47	Petzold, Harald (Havelland) (DIE LINKE.)	24
Dr. Hahn, André (DIE LINKE.)	48, 49	Pitterle, Richard (DIE LINKE.)	3, 59
Haßelmann, Britta (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	38	Renner, Martina (DIE LINKE.)	57, 58
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	7, 8	Sarrazin, Manuel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1, 2
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	51, 52	Dr. Schmidt, Frithjof (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	11, 12
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	19, 20	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	50, 53
Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	17, 18	Vogler, Kathrin (DIE LINKE.)	23
Keul, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	13, 14	Wagner, Doris (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	15, 16
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	36, 37	Wunderlich, Jörn (DIE LINKE.)	21, 22
Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	39, 40		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales . .	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	11
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie	12
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	15

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

1. Abgeordneter
Manuel Sarrazin
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) In welcher Form hat die Bundesregierung ihren Beitrag zur Projektliste der Europäischen Kommission im Rahmen der „Investitionsoffensive für Europa“ („PROJECT LIST FROM EUROPEAN COMMISSION“, Anlage 2 des Abschlussberichts der Task Force „Investitionen“) – im Sinne von § 4 Absatz 2 Nummer 1 des Gesetzes über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union (EUZBBG) – an die Europäische Kommission bzw. die Europäische Investitionsbank geschickt (bitte unter Angabe des Datums), und inwiefern haben zuvor entsprechende Konsultationen mit Wirtschaftsverbänden bzw. -vertretern stattgefunden?

2. Abgeordneter
Manuel Sarrazin
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche Personen sind nach Kenntnis der Bundesregierung Mitglieder der Task Force „Investitionen“ der Europäischen Zentralbank und der Europäischen Kommission (bitte vollständige Liste mit Name und Funktion erstellen)?

3. Abgeordneter
Richard Pitterle
(DIE LINKE.) Sind der Bundesregierung Fälle bekannt, in denen Organisationen, die sich selbst zu Religionsgemeinschaften erklärt haben, nach Ansicht der Rechtsprechung jedoch vorrangig kommerzielle Ziele verfolgen und bei entsprechenden Tätigkeiten daher ein Gewerbe anmelden müssten, dieser Anmeldepflicht und der daraus folgenden Steuerpflicht nicht nachgekommen und damit u. a. im Hinblick auf die Bekämpfung der Geldwäsche relevant geworden sind, und wenn ja, welche konkreten Maßnahmen hat die Bundesregierung diesbezüglich ergriffen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

4. Abgeordneter
Markus Kurth
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche „15 sehr komplexen Themen“ (Süddeutsche Zeitung vom 28. November 2014) werden zurzeit von der Koalitionsarbeitsgruppe „Flexibler Rentenübergang“ diskutiert (vgl. meine Zusatzfrage zu meiner Mündlichen Frage 3 im Rahmen der Fragestunde am 3. Dezember 2014, Plenarprotokoll 18/72, S. 6827)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

5. Abgeordneter
Friedrich Ostendorff
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung die Gesamtproduktionsmenge der Straathof-Betriebe an Ferkeln, Läufern und Mastschweinen, und welche mengen- und preismäßigen Auswirkungen auf den Markt wird ein Produktionsstopp haben?
6. Abgeordneter
Friedrich Ostendorff
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) In welcher Höhe wurden die Stallbauten der Straathof-Betriebe mit Fördergeldern aus Agrarinvestitionsprogrammen gefördert, und welche Förderungen haben die Straathof-Betriebe in den letzten drei Jahren aus flächenbezogenen Direktzahlungen bekommen?
7. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Auf wie viele Tonnen beliefen sich in den Jahren 2009 bis 2013 die Futtermittelimporte nach Deutschland (bitte getrennt nach Importen aus EU-Staaten und Drittstaaten jeweils insgesamt aufschlüsseln), und wie viele Hektar Fläche wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in den jeweiligen Jahren für die Erzeugung der Import-Futtermittel in Anspruch genommen?
8. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) In wie vielen Fällen haben nach Kenntnis der Bundesregierung Staatsanwaltschaften in Deutschland in den vergangenen fünf Jahren Strafverfahren wegen tierschutzrechtlicher Verstöße eingeleitet (bitte nach Jahren aufschlüsseln), und in wie vielen Fällen wurden Haltungsverbote erteilt bzw. Freiheitsstrafen verhängt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

9. Abgeordnete
Agnieszka Brügger
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wann wurde der Leitungsebene des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) und wem im Einzelnen erstmals zur Kenntnis gebracht, dass es den Versuch gegeben haben könnte (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 29. November 2014), Einfluss auf die Inhalte sowie die Bewertung eines Berichtes zu Problemen an dem Sturmgewehr G36 aus dem nachgeordneten Bereich des BMVg zu nehmen?

-
10. Abgeordnete
**Agnieszka
Brugger**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann hat der Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung, Gerd Hoofe, infolge der Kenntnisnahme des Vorfalls, spätestens aber nach dem Gespräch mit dem Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages, Helmut Königshaus, in dieser Sache die Bundesministerin der Verteidigung, Dr. Ursula von der Leyen, über den Vorgang informiert, und wenn ja, in welcher Form ist dies geschehen?
11. Abgeordneter
**Dr. Frithjof
Schmidt**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern wurden bei der Beauftragung und weiteren Erstellung des Abschlussberichts der Wehrtechnischen Dienststelle 91 (WTD 91) zum Treffverhalten des Sturmgewehrs G36, der auf den 9. Juli 2014 datiert, die dafür vorgesehenen Berichtswege entlang der einschlägigen zentralen Dienstvorschriften eingehalten?
12. Abgeordneter
**Dr. Frithjof
Schmidt**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Stellen im BMVg wussten über die Akteneinsicht bei dem unangekündigten Besuch des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages der WTD 91 Bescheid bzw. wurden nachträglich in Kenntnis gesetzt?
13. Abgeordnete
**Katja
Keul**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann bzw. aus welchem konkreten Anlass wurde die Leitungsebene (bitte konkrete Personen benennen) erstmals über neuerliche Probleme am G36 informiert, wie sie in der Meldung der 1. Panzerdivision (1. PzDiv) vom 3. April 2014 thematisiert wurden, und hat der Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung, Gerd Hoofe, infolge des Amtsantritts von der Staatssekretärin im Bundesministerium der Verteidigung, Dr. Katrin Suder, diese über den Vorgang in Kenntnis gesetzt?
14. Abgeordnete
**Katja
Keul**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann wurde der Bundesrechnungshof über die versuchte Einflussnahme auf den Abschlussbericht der WTD 91 zum Treffverhalten des Sturmgewehrs G36, der auf den 9. Juli 2014 datiert, aufmerksam gemacht?

15. Abgeordnete
Doris Wagner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann sollte den Abgeordneten des Deutschen Bundestages bzw. den Mitgliedern des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages die versuchte Einflussnahme auf die Erstellung des Abschlussberichts der WTD 91 zum Treffverhalten des Sturmgewehrs G36 zur Kenntnis gebracht werden?
16. Abgeordnete
Doris Wagner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum hat das BMVg die Mitglieder des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages nicht nach dem Bekanntwerden der versuchten Einflussnahmen auf die Erstellung des Berichts der WTD 91, spätestens aber infolge des unangekündigten Besuches des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages bei der WTD 91 sowie dem folgenden Gespräch zwischen ihm und dem Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung, Gerd Hoofe, über den Vorgang informiert?
17. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann (bitte einzelne Ereignisse möglichst mit Datum anführen) hat es nach derzeitiger Kenntnis des BMVg seitens Teilen des BMVg Versuche gegeben, unter Verstoß der einschlägigen zentralen Dienstvorschrift ZDV 500/1, Einfluss auf die Kernaussagen des Abschlussberichts der WTD 91 zum Treffverhalten des Sturmgewehrs G36, der auf den 9. Juli 2014 datiert, zu nehmen, und wie wurden diese versuchten Einflussnahmen dokumentiert?
18. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche personellen Konsequenzen wurden nach Bekanntwerden der versuchten Einflussnahme auf den in Rede stehenden Abschlussbericht der WTD 91 zum Treffverhalten des Sturmgewehrs G36, der auf den 9. Juli 2014 datiert, durch die Leitung des BMVg veranlasst, und welche Maßnahmen hat das Ministerium ergriffen bzw. plant es zu ergreifen, um künftige Verstöße der ZDV 500/1 zu verhindern?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend**

19. Abgeordnete
**Ulla
Jelpke**
(DIE LINKE.)
- Welche konkreten Verabredungen wurden am 11. Dezember 2014 im Rahmen oder anlässlich der Ministerpräsidentenkonferenz zu einer Neuregelung der Verteilung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen getroffen, und wie ist die weitere Planung hinsichtlich eines Gesetzgebungsverfahrens dazu?
20. Abgeordnete
**Ulla
Jelpke**
(DIE LINKE.)
- Wie soll die Zusage der Bundesregierung (Antwort auf meine Schriftliche Frage 67 auf Bundestagsdrucksache 18/3476) eingehalten werden, das Verteilungsverfahren unter dem Primat der Kinder- und Jugendhilfe am Kindeswohl auszurichten, insbesondere hinsichtlich der Durchführung des gesamten Verfahrens von Feststellung, Inobhutnahme, Clearingverfahren, Einleitung des Asylverfahrens und ggf. Verteilung auf ein anderes Bundesland?
21. Abgeordneter
**Jörn
Wunderlich**
(DIE LINKE.)
- Wie waren in diesem Jahr zum letzten bekannten Stand die Zahlen von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in den einzelnen Bundesländern, und wie hoch wären diese Zahlen bei Bestehen einer Aufnahmeverpflichtung im Rahmen einer Verteilung nach dem „Königsteiner Schlüssel“?
22. Abgeordneter
**Jörn
Wunderlich**
(DIE LINKE.)
- Wie sind derzeit die Kosten bei der Aufnahme, Unterbringung und Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen verteilt (bitte rechtliche Zuständigkeiten und konkrete Zahlen differenziert darstellen), und welche Konsequenzen ergäben sich hinsichtlich der Kostentragung bei einer Verteilung nach dem „Königsteiner Schlüssel“?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

23. Abgeordnete
**Kathrin
Vogler**
(DIE LINKE.)
- Welche Folgen der Marktrücknahme von 80 Arzneimitteln aufgrund gefälschter Studien der indischen Firma GVK Biosciences sind der Bundesregierung für die Versorgung von Patientinnen und Patienten bekannt, und welche Konsequenzen erwägt die Bundesregierung aus diesem Skandal zu ziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

24. Abgeordneter
**Harald
Petzold
(Havelland)
(DIE LINKE.)**
- Wie hat sich die Bundesregierung als hundertprozentiger Gesellschafter der Deutschen Bahn (DB) AG zur Schließung der DB-Standorte Eberswalde und Zwickau gegenüber der DB AG positioniert, und was gedenkt die Bundesregierung selbst zu unternehmen, um den von der geplanten Schließung Betroffenen eine Perspektive an den jeweiligen Standorten zu bieten (Programme etc.)?
25. Abgeordnete
**Renate
Künast
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)**
- Welche konkreten Planungen für den Ausbau des Berliner Bahnnetzes inklusive der Flughafenanbindung (vgl. DER SPIEGEL, Nr. 50/2014 vom 8. Dezember 2014, S. 28) hat die Bundesregierung für das Investitionsprogramm der Europäischen Union zur Förderung vorgeschlagen, und welche Ausbauvariante der Dresdener Bahn ist dabei vorgesehen?
26. Abgeordneter
**Herbert
Behrens
(DIE LINKE.)**
- Wann wird die Bundesregierung ihre internen Berechnungen, auf denen die Aussage in der Begründung des „Entwurf[s] eines Gesetzes zur Einführung einer Infrastrukturabgabe für die Benutzung der Bundesfernstraßen“ i. d. F. vom 9. Dezember 2014, demnach von den „Gesamteinnahmen (brutto) aus der Infrastrukturabgabe [...] rund 700 Mio. Euro auf nicht in der Bundesrepublik Deutschland zugelassene Fahrzeuge entfallen“, offenlegen (bitte begründen), und auf Basis von Gesprächen mit welchen potenziellen privaten Betreibern, Berechnungen, Neuplanungen o. Ä. hat sich die Prognose der Vergütung für den geplanten privaten Betreiber im Vergleich zum Entwurf vom 29. Oktober 2014 dahingehend geändert, dass sich der voraussichtliche einmalige Aufwand für die Errichtung um 25 Mio. Euro auf „rd. 291 Mio. Euro“ und die jährlichen Betriebskosten um 3 Mio. Euro auf nun „rd. 137 Mio. Euro“ erhöht haben?
27. Abgeordneter
**Herbert
Behrens
(DIE LINKE.)**
- Wie sollen Halter inländischer Kraftfahrzeuge den Nachweis i. S. d. § 9 Absatz 2 Satz 3 des Infrastrukturabgabengesetzes, demnach die Erstattung der Infrastrukturabgabe dann möglich ist, „wenn nachgewiesen wird, dass das Kraftfahrzeug im gesamten Entrichtungszeitraum nicht auf Straßen im Sinne des § 1 Absatz 1 genutzt wurde“, erbringen können, und warum wird keine Beweislastumkehr eingeführt, dass die Erstattung dann auf Antrag zu ge-

währen ist, wenn vom Bund bzw. dem Bundesamt für Güterverkehr keine Benutzung nachgewiesen werden kann?

28. Abgeordnete
Sabine Leidig
(DIE LINKE.)
- Auf welche rechtliche Grundlage stützt sich die Bundesregierung bei der geplanten Erhebung der Infrastrukturabgabe für inländische Fahrzeuge auch auf Bundesstraßen, die sich in kommunaler Baulast befinden, und wie soll gewährleistet werden, dass die Kommunen, in deren Baulast sich die mautpflichtigen Bundesstraßen befinden, von den zusätzlichen Mitteln profitieren, vor dem Hintergrund, dass der Bund zum Ausgleich für die Maut auf Bundesstraßen in kommunaler Baulast „nach § 5a des Bundesfernstraßengesetzes hinsichtlich eines Teils des Aufkommens Zuwendungen gewähren“ wird (Gesetzesbegründung zu § 14 des „Entwurf[s] eines Gesetzes zur Einführung einer Infrastrukturabgabe für die Benutzung der Bundesfernstraßen“ i. d. F. vom 9. Dezember 2014)?
29. Abgeordnete
Sabine Leidig
(DIE LINKE.)
- Ist es prinzipiell möglich, dass die Mautbrücken, die der Toll Collect GmbH gehören und zur Kontrolle der Erhebung der Lkw-Maut genutzt werden, auch dann für die Kontrolle der Zahlung der Infrastrukturabgabe genutzt werden, wenn die Toll Collect GmbH nicht die dafür notwendige europaweite Ausschreibung (Antwort der Bundesregierung zu Frage 15 auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 18/3479) der Erhebung der Infrastrukturabgabe gewinnen sollte (bitte begründen), und wenn ja, unter welchen Voraussetzungen?
30. Abgeordneter
Thomas Lutze
(DIE LINKE.)
- Bleibt es auch im verlängerten Betreibervertrag des Bundes mit der Toll Collect GmbH zur Erhebung der Lkw-Maut bei der bisherigen Regelung, dass die Übertragung der Anlagen und Einrichtungen nach Ablauf des Betreibervertrages kostenlos erfolgen würde, während der Laufzeit aber der aktuelle Buchwert ersetzt werden muss (siehe Antwort auf eine Infobitte des Abgeordneten Roland Claus vom 20. Februar 2013, Aktenzeichen Z 11/2312.9/5)?
31. Abgeordneter
Thomas Lutze
(DIE LINKE.)
- Welche Kosten (z. B. Nutzung der Patente, Übernahme von Anlagen und Einrichtungen, Datenbank etc.) würden für den Bund anfallen, wenn er nach Vertragsbeginn des verlängerten Betreibervertrages zur Erhebung der Lkw-Maut durch TollCollect die

Toll Collect GmbH übernehmen würde (Call Option) (bitte ggf. für unterschiedliche Zeitpunkte, insbesondere vor und nach Ablauf des verlängerten Betreibervertrages gesondert angeben), und sind in diesem Verlängerungsvertrag entsprechende Kosten bzw. Grundlagen o. Ä. niedergelegt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

32. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist die Position zur Weiterentwicklung des CO₂-Emissionsregimes für Personenkraftwagen (Pkw) im gemeinsamen Konzept „Investitionen stärken, Europa voranbringen“ des Deutsch-Französischen Finanz- und Wirtschaftsrates eine ressortabgestimmte Position der Bundesregierung?
33. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, sich auf europäischer Ebene für eine Verschiebung neuer CO₂-Grenzwerte für Pkw von 2025 auf 2030 einzusetzen, obwohl im Nationalen Aktionsprogramm Energieeffizienz dies als die wichtigste bisher ergriffene Maßnahme zur Reduktion des Energieverbrauchs im Verkehr aufgeführt wird?
34. Abgeordnete
Annalena Baerbock
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Kann die Rede der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Dr. Barbara Hendricks, auf der VN-Klimakonferenz in Lima – wonach jeder Dollar in den Klimaschutz eine wichtige Investition in die Zukunft der Länder ist – so verstanden werden, dass die Bundesregierung sich künftig nicht weiter an der internationalen Subventionierung fossiler Energieträger und ihrer Infrastruktur, z. B. im Rahmen der KfW-Förderung für Kohleprojekte, beteiligen und vollständig aus der KfW-Kohlefinanzierung aussteigen wird?
35. Abgeordnete
Annalena Baerbock
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Kann die Rede der Bundesumweltministerin auf der VN-Klimakonferenz in Lima – wonach jetzt die Zeit zum Handeln ist – so verstanden werden, dass die Bundesregierung im Rahmen der G7-Präsidentschaft das Auslaufen fossiler Subventionen zum Schwerpunkt ihrer Arbeit machen wird?

36. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, dass es sich bei denjenigen Atomkraftwerken (AKW), die noch eine Berechtigung zum Leistungsbetrieb haben und bei denen die in der Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage auf Bundestagsdrucksache 18/3519 genannte Prüfung der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) mbH der betreffenden länderaufsichtlichen Bewertung zur Umsetzung der Weiterleitungsnachricht 2008/7 zum Eindringen von Brandgasen in die AKW-Warte stattfindet, um die beiden AKW Grafenrheinfeld und Isar 2 handelt, und wie lange wird diese Prüfung der GRS voraussichtlich noch dauern?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

37. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche vergleichende Darstellung und Bewertung von Zeitplänen sieht das Detailkonzept der Forschungszentrum Jülich GmbH, das sich gegenwärtig in der Nachprüfung beim Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk des Landes Nordrhein-Westfalen (MWEIMH) befindet (siehe Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 23, Plenarprotokoll 18/72, Anlage 14), jeweils für die drei Optionen zum Umgang mit dem hochradioaktiven Müll aus dem Versuchsreaktor AVR Jülich vor (bitte nach US-Export, Transport der Brennelemente ins Zwischenlager Ahaus und Ertüchtigung bzw. Neubau eines Zwischenlagers in Jülich aufschlüsseln)?

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

38. Abgeordnete
**Britta
Haßelmann**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum stellt die Bundesregierung den Fraktionen im Deutschen Bundestag immer noch nicht die Tagesordnung der Kabinettsitzung frühzeitig zur Verfügung, obwohl der Bundesminister des Auswärtigen, Dr. Frank-Walter Steinmeier, in der Fragestunde des Deutschen Bundestages am 12. November 2014 (Plenarprotokoll 18/65, S. 6078) eine diesbezügliche Klärung zugesagt hatte?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

39. Abgeordneter
**Oliver
Krischer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann wird die Bundesregierung die verschiedenen rechtlichen Regelungen bei intelligenten Messsystemen (u. a. Rollout-Verordnung, Datenkommunikations-Verordnung, Lastmanagement-Verordnung etc.) verabschieden, vor dem Hintergrund, dass die nicht vom Bundesamt für Sicherheit und Informationstechnik (BSI) zugelassenen Messsysteme nach § 21e Absatz 5 des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) nur noch bis zum 31. Dezember 2014 eingebaut werden dürfen, und wer trägt die Umbaukosten (bitte unter Angabe der voraussichtlichen Kosten) im Falle eines Widerrufs der eingebauten Messsysteme nach Verabschiedung des (verzögerten) Rechtsrahmens?
40. Abgeordneter
**Oliver
Krischer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann und mit welchem Inhalt wird die Bundesregierung eine Entscheidung zur weiteren Finanzierung von internationalen Kohleprojekten durch die KfW treffen, vor dem Hintergrund der Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 6 auf Bundestagsdrucksache 18/2976 mit der Formulierung „[d]er Bericht wird bis Herbst 2014 dem Wirtschaftsausschuss des Deutschen Bundestages vorgelegt“?
41. Abgeordnete
**Sevim
Dağdelen**
(DIE LINKE.)
- Inwieweit war bzw. ist die Gaspipeline South Stream anders als die Gaspipeline Nord Stream den Regeln des Dritten Energiepaktes, in dem die Entflechtung von Erzeugung und Versorgung auf dem Gasmarkt vorausgesetzt wird, und gleichzeitig der diskriminierungsfreie Zugang für Dritte zu den Pipelines sichergestellt werden soll (www.dw.de/was-kommt-nach-south-stream/a-18119180), unterworfen, obwohl bei beiden Pipelines Gazprom Besitzer der Pipeline und einziger Lieferant ist, bei South Stream sogar mit lediglich 50 Prozent Anteil im Gegensatz zu Nord Stream mit einem Anteil von 51 Prozent (www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/erdoelkonzern-schroeder-zieht-in-tnk-bp-aufsichtsrat-1754327.html), und wieso war bei Nord Stream die Ausnahme, dass der Lieferant mehr als die Hälfte der Pipeline-Kapazitäten nutzen darf – entgegen dem Dritten Energiepakt –, kein Verstoß gegen EU-Recht (www.welt.de/wirtschaft/article134948965/Pipeline-Stopp-legt-Russlands-grosse-Schwaechen-offen.html)?

42. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Inwieweit kann die Bundesregierung nach ihrer Kenntnis bestätigen, dass das ohnehin wirtschaftsschwache Bulgarien durch das Aus für die Gaspipeline South Stream etwa 400 Mio. Euro jährlich Verluste an Transitgebühren für 63 Milliarden Kubikmeter Gas haben wird (www.zeit.de/politik/ausland/2014-12/south-stream-russland-bulgarien-reaktionen), und aus welchen Gründen wurde nach Kenntnis der Bundesregierung nicht bereits vor bzw. zumindest kurz nach der Gründung des South-Stream-Projekts entsprechend Druck auf die beteiligten EU-Staaten wie Österreich, Italien, Bulgarien, Rumänien oder Ungarn ausgeübt, wenn es denn rätselhaft sei, wie man damals zu zwischenstaatlichen Vereinbarungen kommen konnte, die ganz klar gegen EU-Recht verstoßen haben (www.dw.de/was-kommt-nach-south-stream/a-18119180) und nicht erst zu einem Zeitpunkt, da die USA und die EU auch über Sanktionen versuchen, Russland politisch und vor allem auch ökonomisch seit Beginn der Ukraine-Krise zu isolieren (www.taz.de/!134182/)?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

43. Abgeordnete
Dr. Franziska Brantner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Mio. Euro hat die Bundesregierung am 3. Dezember 2014 im Rahmen der vom Auswärtigen Amt bekannt gegebenen Aufstockung (Pressemitteilung vom 3. Dezember 2014) noch zusätzlich zu den überplanmäßigen Mitteln aus dem Sommer 2014 (40 Mio. Euro für Syrien und Nachbarländer) zur Verfügung gestellt, um einer drohenden Einstellung der Nahrungsmittelhilfe des World Food Program (WFP) entgegenzuwirken?
44. Abgeordneter
Wolfgang Gehrcke
(DIE LINKE.)
- Welche Kenntnis hatte die Bundesregierung über geheime US-Gefängnisse in Polen, Litauen und anderen Staaten und über die dort angewandten Foltermethoden?
45. Abgeordneter
Wolfgang Gehrcke
(DIE LINKE.)
- Welche Initiative wird die Bundesregierung in den Vereinten Nationen vor dem Hintergrund des jetzt veröffentlichten Senatsberichts über die Foltermethoden des US-Geheimdienstes CIA zur Anti-Folter-Konvention ergreifen?

46. Abgeordnete
Renate Künast
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über etwaige Tathandlungen auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland, die unmittelbar mit den im Rahmen des Berichts über die Folterpraktiken des US-Geheimdienstes CIA (bspw. hier: www.washingtonpost.com/wp-srv/special/national/cia-interrogation-report/document/) bekannt gewordenen Tathandlungen in Verbindung stehen (etwa: Aufenthalt bzw. Zwischenlandung der gefolterten Personen im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland oder Verbringung der gefolterten Personen durch den deutschen Luftraum), und ist die Bundesregierung gewillt, jenen Opfern, gegen die ein etwaiger Tatbeitrag vom Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland ausging, Entschädigungen bzw. Therapien anzubieten?
47. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- In welcher Weise reagiert die Bundesregierung auf die schockierenden CIA-Folterberichte, die der US-Senat am 9. Dezember 2014 veröffentlicht hat?
48. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
- Wie viele Aktivitäten fanden mit Unterstützung bzw. Beteiligung der Bundesregierung im Rahmen des Jahres der deutschen Sprache und Literatur in Russland sowie des Jahres der russischen Sprache und Literatur in Deutschland im Jahr 2014 statt, und welche Halbzeitbilanz zieht die Bundesregierung mit Blick auf die bevorstehende zweite Halbzeit der „Kreuzjahre“?
49. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
- Welche Aktivitäten gab es seitens der Bundesregierung zur Förderung der Internationalen Zusammenarbeit von Behindertenorganisationen in Deutschland und den Staaten Südamerikas (Umsetzung von Artikel 32 der UN-Behindertenrechtskonvention) in den Jahren 2013 und 2014, und wie bewertet die Bundesregierung die dabei erzielten Ergebnisse?
50. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie rechtfertigt die Bundesregierung, die stets beteuert, mit Flüchtlingen aus den Kriegsgebieten in Syrien solidarisch zu sein und mehr in Deutschland aufzunehmen (Merkur-Online.de vom 27. Oktober 2014), die Praxis, dass Menschen in höchster Not und Gefahr persönlich oder deren Vertreter unzumutbare Reisen und Risiken auf sich nehmen müssen, um Visaanträge zu stellen und Papiere zu übergeben (wie etwa in dem von mir bearbeiteten Fall,

dass schwerkranke Personen aus dem umkämpften Aleppo in Syrien zur deutschen Botschaft nach Beirut im Libanon hin- und zurückfahren sollen, dabei zahlreiche Kontrollen von Armee und Milizen einschließlich der des Islamischen Staates – IS – passieren müssen und Gefahr laufen, verletzt, verschleppt oder getötet zu werden, dann Wochen warten müssen, nicht wissend, ob das Visum erteilt wird, bis sie sich vielleicht auf die ebenso gefährliche Ausreise machen können oder in dem von mir unterstützten Fall, dass eine Mutter mit Baby aus der Region Dohuk – Irak – nicht etwa in dem nur vier Stunden entfernten deutschen Konsulat in Erbil zur Visumsbeantragung vorgelassen wird, sondern stattdessen an das deutsche Generalkonsulat im 2 400 Kilometer entfernten Djidda – Saudi-Arabien – verwiesen wurde, was eine Reise durch das vom IS kontrollierte Gebiet im Irak bedeutet), und was wird die Bundesregierung unverzüglich veranlassen, um Flüchtlingen aus Kriegsgebieten die Visaerlangung zu erleichtern und mehr von ihnen solidarisch und unbürokratisch eine Zuflucht in Deutschland zu gewähren?

51. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Teilt die Bundesregierung die Einschätzung des Fragestellers, dass Nazi-Kollaborateure im Baltikum, die gegen Russland als Teil der Anti-Hitler-Koalition gekämpft haben, Verbrechen gegen die Menschheit begangen haben, und in welchem Paragraphen der Resolution gegen die Glorifizierung von Nazismus, Neonazismus und anderen Formen von Rassismus und Xenophobie aus der Generalversammlung der Vereinten Nationen (A/C.3/69/L.56/Rev.1) wird Personen, die sich für die baltische Unabhängigkeit von der Sowjetunion eingesetzt haben, „pauschal“ eine Verbindung mit den Verbrechen der Nationalsozialisten unterstellt, wie dies die Bundesregierung in ihrer Antwort auf meine Mündliche Frage 37, Plenarprotokoll 18/72, Anlage 21, behauptet?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

52. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Was ist der Bundesregierung darüber bekannt, inwiefern die auch in Ermittlungsverfahren für die Bundesanwaltschaft bzw. das Bundeskriminalamt eingesetzte verdeckte Ermittlerin des Landeskriminalamts (LKA) Hamburg „Iris Schneider“ auch im Ausland eingesetzt war bzw. entsprechende Reisen zur Aufrechterhaltung ihrer Legende unternahm

(bitte jeweils den Einsatzzweck und -ort darstellen), und inwiefern ist es nach Ansicht der Bundesregierung rechtlich einwandfrei bzw. durch Einsatzregeln gedeckt, wenn verdeckte Ermittlerinnen und Ermittler „taktische Liebesbeziehungen“ nicht nur zur konkreten Informationsgewinnung gegenüber Ziel- bzw. Kontaktpersonen einsetzen (meine Schriftliche Frage, November 2014, auf Bundestagsdrucksache 18/3519), sondern auch mit deren Umfeld, um dadurch die Aufrechterhaltung einer Tarnidentität zu gewährleisten bzw. einer Enttarnung vorzubeugen?

53. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie erlangt und überprüft die Bundesregierung ihre Angaben, seit Beginn der Kämpfe in Syrien 2011 hätten sich 550 Personen aus Deutschland „in Richtung Syrien und Irak aufgemacht“, von denen „rund 60“, „mindestens 9“ bei Selbstmordanschlägen, bisher gestorben, während „rund 180“ hierher zurückgekehrt sind (Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz Hans-Georg Maaßen in WELT am Sonntag vom 23. November 2014), und für wie zuverlässig und glaubhaft hält die Bundesregierung diese Zahlen, wenn diese vor allem auf Angaben ausländischer Nachrichtendienste (so Hans-Georg Maaßen am 6. Oktober 2014 im Unterausschuss Zivile Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und vernetztes Handeln des Deutschen Bundestages) insbesondere des türkischen MIT beruhen (so Hans-Georg Maaßen im Deutschlandfunk vom 31. August 2014), dass sie auf die Zahlen sogar Forderungen nach neuen Gesetzen stützt?
54. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Aufgrund welcher rechtlichen Erwägungen hält es die Bundesregierung für möglich, bei der Umsetzung des neuen § 7 Absatz 2 Satz 2 bis 4 des Gesetzes über die allgemeine Freizügigkeit von Unionsbürgern (FreizügG/EU) die Abgrenzung des von den neuen Einreiseverboten betroffenen Personenkreises im Verordnungswege vornehmen zu können (vgl. „Verständigung zwischen Bund und Ländern über ein Gesamtkonzept zur Entlastung von Ländern und Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern“ anlässlich der Abstimmung im Bundesrat am 28. November 2014), angesichts dessen, dass sich die Verordnungsermächtigung in § 11a FreizügG/EU nicht auf § 7 FreizügG/EU erstreckt und der Bundesregierung keine originäre Kompetenz zum Erlass von Verordnungen zukommt?

55. Abgeordnete
Monika Lazar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung die islamfeindlichen Demonstrationen von PEGIDA sowie ihren Ablegern, z. B. DÜGIDA und BOGIDA, insbesondere hinsichtlich des friedlichen und diskriminierungsfreien Zusammenlebens in Deutschland?
56. Abgeordnete
Monika Lazar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Strategien verfolgt die Bundesregierung in der Auseinandersetzung mit der o. g. Bewegung?
57. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Kann die Bundesregierung darlegen, inwieweit und mit welcher Begründung die Antwort des Bundesministeriums des Innern auf meine Kleine Anfrage zu den Aktivitäten des V-Mannes „Tarif“ des Bundesamtes für Verfassungsschutz im NSU-Komplex (NSU – Nationalsozialistischer Untergrund) und seine V-Mann-Führer – Nachfrage zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 18/2722 (Bundestagsdrucksache 18/3425), wonach „Fragen zur Art und Weise der Quellenführung sowie zu konkreten Aufträgen des ehemaligen V-Mannes (VM) ‚Tarif‘, die über die bislang veröffentlichten Informationen hinausgehen, den operativen Kernbereich der Nachrichtendienste betreffen“ im Einklang mit dem Versprechen der umfangreichen Aufklärung stehen, das die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel den Angehörigen der NSU-Mordopfer und den Verletzten der NSU-Anschlagsserie bei der zentralen Gedenkfeier für die NSU-Opfer am 23. Februar 2012 mit den Worten gegeben hat: „Als Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland verspreche ich Ihnen: Wir tun alles, um die Morde aufzuklären und die Helfershelfer und Hintermänner aufzudecken und alle Täter ihrer gerechten Strafe zuzuführen.“ (www.bild.de/politik/inland/angela-merkel/merkel-gedenken-opfer-neonazi-terror-ich-bitte-um-verzeihung-22797826.bild.html)?
58. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Kann die Bundesregierung darlegen, wie viele Quellenberichte des V-Mannes „Tarif“ sich derzeit im Besitz des Bundesamtes für Verfassungsschutz befinden?

59. Abgeordneter
**Richard
Pitterle**
(DIE LINKE.)
- Wann haben der Bund-Länder-Gesprächskreis „Sogenannte Sekten und Psychogruppen“ und die „Ständige Interministerielle Arbeitsgruppe zur Koordinierung und Bündelung der Aktivitäten von Bund und Ländern in Bezug auf die Scientology-Organisation“ zuletzt getagt, und welche Ergebnisse wurden dabei hinsichtlich der Scientology-Organisation erzielt?

